

BAG-Psychiatrie, Ständeplatz 2, 34117 Kassel

Herrn Staatsminister
Daniel Bahr
Bundesminister für Gesundheit
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Frau Staatsministerin
Dr. Ursula von der Leyen
Bundesministerin für Arbeit
und Soziales
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin



Datum: 19.03.2012
Auskunft erteilt: Herr Hübner
Telefon: 0561 – 1004 / 5321
Telefax: 0561 – 1004 / 5421
E-Mail-Adresse: joachim.huebner@vitos.de
Aktenzeichen:

Eckpunkte zur Vorbereitung des Entwurfs eines neuen Pflegeberufsgesetzes

Sehr geehrte Frau Ministerin von der Leyen,
sehr geehrter Herr Minister Bahr,

die Bundesregierung beabsichtigt, noch in der laufenden Legislaturperiode ein Gesetz zur einheitlichen Pflegeausbildung in Deutschland auf den Weg zu bringen. Die bisher dreigeteilte Ausbildung für Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und Altenpflege soll zu einer einheitlichen Berufsausbildung zusammengefasst werden, um die Pflegeberufe insgesamt attraktiver zu machen. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat hierzu Anfang März Eckpunkte für die künftige Gesetzgebung vorgelegt.

Grundsätzlich begrüße ich die geplante Reform der Pflegeausbildung, zumal bereits gute Erfahrungen mit Modellprojekten einer integrierten Altenpflege- sowie Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung vorliegen. Sorge bereitet mir aber der Sachverhalt, dass die Eckpunkte die Psychiatrie trotz des in den nächsten Jahren steigenden Bedarfs an pflegerischen Leistungen nicht im nötigen Umfang in die Pflegeausbildung einbeziehen.

Psychische Störungen nehmen sowohl im ambulanten wie im stationären Sektor ständig zu. Sie sind inzwischen zu einer Volkskrankheit geworden. In den Altenpflegeeinrichtungen wächst die Zahl Pflegebedürftiger mit Demenzerkrankungen. Für die multiprofessionellen Teams psychiatrischer Institutsambulanzen, für Dienste zur ambulanten psychiatrischen Pflege, zum Ausbau der psychiatrischen Behandlung im Lebensumfeld (Hometreatment), für die ambulante und stationäre medizinische Rehabilitation psychisch kranker Menschen, für die kriminalpräventive Behandlung im Maßregelvollzug, für die Betreuung seelisch behinderter Menschen in komplementären Einrichtungen und nicht zuletzt für die Krankenhausbehandlung und die Therapie in Tageskliniken werden künftig in verstärktem Maße qualifizierte Pflegekräfte benötigt.

Die Träger psychiatrischer Fachkrankenhäuser betreiben deshalb an ihren Kliniken Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege und zum Teil auch Ausbildungsinstitute für die Weiterbildung zur Fachkrankenschwester/zum Fachkrankenschwester für Psychiatrie. Hierdurch werden bei jungen Menschen leider noch immer bestehende Vorurteile und sogar Ängste gegenüber der Psychiatrie abgebaut und den Auszubildenden die Attraktivität eines pflegerischen Arbeitsplatzes in psychiatrischen Einrichtungen vermittelt. Die Gesundheits- und Krankenpflegesschulen an psychiatrischen Fachkrankenhäusern tragen sehr wesentlich zur Nachwuchsgewinnung von Pflegekräften in der Psychiatrie bei. Die Eckpunkte erschweren oder verhindern gar in ihrer jetzigen Form die pflegerische Ausbildung an psychiatrischen Kliniken. Dies darf nicht sein.

Die Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe sehen neue Strukturen der Pflegeausbildung mit öffentlichen Pflegeschulen und Trägern der praktischen Ausbildung vor. Die praktische Ausbildung soll auf die Arbeitsfelder I und II, nämlich auf Akutkrankenhäuser, vollstationäre Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kinderheilkunde beschränkt werden. Ein Einsatz von Schülern in der Psychiatrie ist nur im Arbeitsfeld IV als zeitlich sehr begrenzter Pflichteinsatz vorgesehen.

Dies lässt befürchten, dass psychiatrische Fachkrankenhäuser keine eigenen Schüler für die Pflegeausbildung mehr einstellen können, ihre Ausbildungsstätten schließen müssen und sich selbst nicht mehr aktiv an der Ausbildung beteiligen können.

Nach den Eckpunkten soll die praktische Ausbildung in der Psychiatrie auf einen Pflichteinsatz von 80 Stunden begrenzt werden. Die drei medizinischen Fachgebiete Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie Psychosomatik und Psychotherapie werden in der Pflegeausbildung nicht mehr angemessen berücksichtigt und damit entgegengesetzt ihrer Bedeutung abgewertet.

Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen gehört die Psychiatrie zum sog. „Differenzierungsbereich“, dort gleichgestellt mit den Fächern Innere Medizin und Chirurgie, mit insgesamt 700 Stunden. Bisher kann somit ein Großteil der Einsatzstunden im Differenzierungsbereich für die Psychiatrie genutzt werden. Die Psychiatrie gehört neben Innerer Medizin und Chirurgie zu den praktischen Prüfungsgebieten.

Künftig sollen dagegen in einer dreijährigen Pflegeausbildung zwei Wochen Einsatz in der Psychiatrie ausreichen. Auszubildende werden unter diesen Bedingungen kaum sinnvoll in den Stationsalltag eingebunden werden können. So ist kein Lernerfolg erzielbar. Da der Einsatz von Schülern mit der Zahlung einer Ausbildungsvergütung verbunden ist, werden sich die Kliniken fragen, ob sie überhaupt noch Plätze für den Pflichteinsatz anbieten können.

Die Eckpunkte sehen einen Wahlpflichteinsatz von 580 Stunden vor. Aber auch dieser praktische Ausbildungsbereich darf nicht für die Psychiatrie genutzt werden, sondern muss in den Arbeitsfeldern I und II (siehe oben) abgeleistet werden. Auszubildende können also künftig 1060 Stunden in der ambulanten Pflege, in einem Pflegeheim, in einem Kinder- oder Allgemeinkrankenhaus ableisten, aber nur 80 Stunden in der Psychiatrie.

Dies ist völlig inakzeptabel und entspricht in keiner Weise Bedeutung und Bedarf der psychiatrischen Versorgung. In diesem Punkt müssen die Eckpunkte dringend und grundlegend geändert werden.

Ich betone nochmals, dass ich die einheitliche Pflegeausbildung grundsätzlich unterstütze. Sie muss aber die Qualität der Ausbildung – insbesondere hinsichtlich der psychiatrischen Krankenpflege – ohne Einschränkungen gewährleisten, die praxisnahen Ausbildungsstätten in psychiatrischen Fachkrankenhäusern erhalten und die auskömmliche Finanzierung sicherstellen.

Mit freundlichen Grüßen



(Joachim Hübner)
Vorsitzender